



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr.92 • Die Woche im Bundestag • 25.03.2011

Umbruch in der arabischen Welt – Lage in Libyen

Wir verurteilen das brutale Vorgehen des Gaddafi-Regimes gegen das libysche Volk und rufen die libysche Führung zu einer sofortigen Beendigung der Gewalt auf.

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Resolution der Vereinten Nationen enthält darüber hinaus eine erneute Verschärfung der internationalen Sanktionen. Diese gilt es jetzt umzusetzen.

Die politischen Ziele, die die Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 verbinden, teilen wir ausdrücklich. Allerdings wird sich Deutschland nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen und hat sich daher im Sicherheitsrat enthalten. Wir wollen aber der NATO zusätzliche Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan anbieten. Dies geschieht auch mit dem Ziel, unsere Verbündeten für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten.

In dieser Woche haben wir dazu ein Mandat für den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan auf den Weg gebracht. Mit dem Mandat wird die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich. Diese ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Die Bundesregierung bleibt dabei, nicht mehr als 5.350 Soldaten in Afghanistan einzusetzen.

Die in den Mittelpunkt gerückte Umsetzung der Libyen-Resolution darf nicht vom Umbruch in der arabischen Welt ablenken.

Wir unterstützen den demokratischen Wandel, der in Tunesien und Ägypten begonnen hat und auf weitere Länder der Region ausgreift. Stabile, prosperierende und freiheitliche Gesellschaften in unserer Nachbarschaft sind in unserem ureigensten Interesse. Ziel unserer Außenpolitik ist, die Gesellschaften auf ihrem Weg zu unterstützen. Mit unserem Antrag „Die arabische Welt – Region im Aufbruch, Partner im Wandel“ bringen wir dieses Anliegen zum Ausdruck. In Abstimmung mit unseren internationalen Partnern wollen wir die demokratischen Kräfte rasch, zielorientiert und partnerschaftlich fördern. Insbesondere die Europäische Nachbarschaftspolitik muss künftig stärker an der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ausgerichtet werden.

Sachsen-Anhalts Wähler honorieren Regierungsbilanz der CDU

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ist die Union erneut klar stärkste politische Kraft geworden. Unter der Führung der CDU hat das Bundesland seit 2002 große Fortschritte gemacht.

Insbesondere ist es der Union in den vergangenen Jahren mit einer an die individuellen Stärken Sachsen-Anhalts anknüpfenden Industriepolitik gelungen, eine außerordentliche wirtschaftliche Dynamik in diesem Bundesland zu erzeugen: Das Dreieck Halle, Anhalt-Bitterfeld, Leipzig gehört heute in Europa zu den führenden Standorten für die Chemie- und Solarindustrie.

Die Arbeitslosenquote ist seit der Abwahl des letzten SPD-Ministerpräsidenten von 20,9 auf 13% gesunken und hat damit den niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit erreicht.

Die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt wünschen sich die Fortsetzung dieses erfolgreichen Kurses. Sie wollen Berechenbarkeit und nicht die Rückkehr zu einer rot-rot-grünen oder rot-roten Politik, die ihr Bundesland in den 1990er Jahren auf den letzten Platz in ganz Deutschland zurückgeworfen hatte. Dieser Verantwortung muss sich die SPD nun stellen.

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vor entscheidender Wahl

Nach Sachsen-Anhalt stehen an diesem Sonntag auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vor Richtungsentscheidungen. Baden-Württemberg ist heute Spitze bei Bildung und Forschung. Es hat die niedrigste Arbeitslosigkeit, die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit und solide Finanzen.

Doch Wohlstand fällt nicht vom Himmel: Am 27. März geht es deshalb um die Frage, ob das Land mit Ministerpräsident Stefan Mappus seinen Erfolgskurs fortsetzen kann oder mit rot-grünen und rot-rot-grünen Experimenten absteigt. Denn seine Spitzenposition wird Baden-Württemberg weder mit der Einheitsschule noch mit einer grünen Wirtschaftspolitik behaupten, die aufgrund alter Feindbilder mit der Automobilindustrie eine Branche schrumpfen will, die gerade in Baden-Württemberg maßgeblich zum Wohlstand der Menschen beigetragen hat.

Wie Baden-Württemberg mit seinen Erfolgen macht die SPD in Rheinland-Pfalz mit Rekordverschuldung, Unterrichtsausfall und Skandalen von sich reden. Nach 16 Jahren regiert der SPD-Ministerpräsident das Bundesland, als sei es sein persönliches Eigentum. In Rheinland-Pfalz kämpfen wir deshalb für einen frischen politischen Neuanfang mit einer Ministerpräsidentin Julia Klöckner.

Schritte zu einer leistungsfähigeren Bundeswehr

In dieser Woche haben wir die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen, um die Bundeswehr der veränderten sicherheitspolitischen Lage anzupassen. In diesem Zusammenhang soll die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt werden.

Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienst Leistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens 12 Monate dienen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht gehen wir einen ersten substantiellen Schritt bei der Reform der Bundeswehr hin zu einer leistungsfähigen Armee, die konsequent an den Bedürfnissen des Einsatzes ausgerichtet wird.

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Sie wollen wir als Chance nutzen, um mit der Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot zu schaffen, unser Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Parallel unterstützen wir die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste und fördern das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver.

Baden-Württemberg schiebt Deutschlands Wirtschaft nach vorne

Mit einem derzeit geschätzten Wirtschaftswachstum von fast 5% ist im Vergleich aller Länder die Wirtschaft Baden-Württembergs im vergangenen Jahr am stärksten gewachsen.

Für das erste Quartal 2011 erwartet das Statistische Landesamt sogar einen Anstieg von 5,5% gegenüber dem Vorjahr. Erneut profitiert das Land dabei von der Stärke seiner Industrie. So haben die Exporte dank der weltwirtschaftlichen Erholung fast wieder den Anschluss an die Rekordwerte vor der Wirtschaftskrise gefunden. Der Wert der baden-württembergischen Ausfuhren stieg gegenüber 2009 um fast 25 Prozent auf rund 154 Mrd €. Wachstumstreiber bei den Industriebranchen war vor allem der im Land besonders wichtige Fahrzeugbau.

(Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)